



Protokoll des Einwohnerrats

XII. Legislaturperiode 2016 - 2020

13. Sitzung vom 5. März 2018

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.30 – 21.30 Uhr

Leitung: Pascal Treuthardt (Präsident)

Anwesend: 35 Mitglieder

Entschuldigt: Karl J. Heim, Peter Heiz, Stephan Meyer, Peter Sala, Philippe Spitz

Verspätet: Marc Merian (ab 19.35 Uhr)

Präsident:

Pascal Treuthardt

Protokoll:

Linda Weick

Begrüssung und Mitteilungen des Präsidenten

Einwohnerratspräsident Pascal Treuthardt, FDP begrüsst die Ratsmitglieder, den Gemeinderat und die anwesenden Zuschauer und Zuschauerinnen. Speziell heisst er den neuen Einwohnerrat Erik Schellenberg von der SP willkommen. Entschuldigt sind Karl J. Heim, CVP, Philippe Spitz, SP, Peter Heiz, Stephan Meyer und Peter Sala, alle drei von der FDP.

Zu Beginn der Sitzung stellt Bernard Keller, stellvertretender Verwaltungsleiter, die neue Abstimmungsanlage vor. Es werden zwei Probeabstimmungen durchgeführt.

Das Einwohnerratsbüro hat entschieden, dass die drei Mitglieder des Wahlbüros an der nächsten Sitzung wieder bei ihren Fraktionen sitzen werden. Die Funktion als Stimmenzähler werden sie beibehalten, falls die Anlage einmal nicht funktioniert oder für schriftliche Wahlen mit Wahlzettel.

Neue Vorstösse (Tischvorlagen):

Nr. 74, Anfrage K. Glaser, Grüne: Teilnahme am «Donnschüttigsjass»

Bereinigung der Traktandenliste

://: Die Traktandenliste wird gutgeheissen.

Traktandenliste	Geschäft Nr.
1. Genehmigung des Protokolls vom 29.01.2018	
2. Ersatzwahl eines stellvertretenden Mitglieds in die Bau- und Planungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30.06.2020	73
3. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 06.02.2018 Verwaltungsorganisation in Baubelangen: Postulate «Wiedereinführung eines Bauverwalters» (216/X), «Strukturanalyse Bauabteilungen» (213/X), Bericht Geschäftsprüfung GRPK 2017 (67) Geschäftskreisführung: Mike Keller	216/X 213/X 67
4. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 06.02.2018 Schulraumplanung; Erweiterungsbau Schulhaus Meiriacker Geschäftskreisführung: Philippe Meerwein	72
5. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 30.01.2018 Postulat «Ergänzende Separatsammlung von Kunststoffabfällen» Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	65
6. Diversa	

Traktandum 1

Genehmigung des Protokolls vom 29.01.2018

Präsident Pascal Treuthardt, FDP teilt mit, es seien keine Änderungsanträge zum Protokoll eingegangen.

://: Das Protokoll wird genehmigt.

Traktandum 2

Nr. 73

Ersatzwahl eines stellvertretenden Mitglieds in die Bau- und Planungskommission

Susanne Tribolet, SP schlägt namens ihrer Fraktion Gaida Löhr als stellvertretendes Mitglied in die Bau- und Planungskommission vor. Gaida Löhr war bereits bei der Ausarbeitung des gemeinsamen Berichts der BPK und GRPK beteiligt. Sie ist langjähriges Ratsmitglied und kennt sich in Binningen sehr gut aus.

STILLE WAHL

BESCHLUSS

://: Für die restliche Amtsperiode wird Gaida Löhr, SP, als stellvertretendes Mitglied in die BPK gewählt.

Traktandum 3

Nr. 216/X, 213/X und 67

Verwaltungsorganisation in Baubelangen: Postulate «Wiedereinführung eines Bauverwalters» (216/X), «Strukturanalyse Bauabteilungen» (213/X), Bericht Geschäftsprüfung GRPK 2017 (67)

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Daniel Zimmermann, FDP bedankt sich namens der FDP beim Gemeinderat für das viele Papier, zu einem Thema, das den Einwohnerrat seit fast 6 Jahren beschäftigt. Er findet es erstaunlich, mit wie viel Energie und Ausdauer eine politische Behörde an ihrer Meinung festhält und wie mit viel personellem Aufwand und Steuergeldern versucht wird, das anwesende Parlament von dieser Meinung zu überzeugen. Im vorliegenden Bericht erhält man den Eindruck, der Gemeinderat habe nun nach langer Zeit die richtige Lösung gefunden. Man bekommt aber auch den Eindruck, dass er in den vergangenen 5 Jahren nicht genau wusste, was er will. Das wird zumindest ansatzweise auch in der Vorlage bestätigt. Die FDP bedauert ausserordentlich, dass in den letzten Jahren so viel Geld investiert werden musste, um herauszufinden, wie sich die Verwaltung organisieren soll. Schlussendlich ist durch viele Stellenwechsel sehr viel personelles Know-how verloren gegangen. In der Hoffnung, dass sich der Gemeinderat seiner politischen Verantwortung zu diesem Thema jetzt bewusst ist und die gewählte Anpassung der Verwaltungsorganisation funktionieren muss, tritt die Fraktion auf das Geschäft ein.

Die FDP verzichtet auf eine detaillierte Diskussion in Bezug auf die politischen Vorstösse. Sie ist der Meinung, die beiden Postulate und die Empfehlungen der GRPK können zum jetzigen Zeitpunkt abge-

schrieben werden. Schliesslich hat man geprüft und berichtet. Ob das Thema aber erledigt ist, kann die Fraktion heute nicht abschliessend beurteilen. Sie möchte vom Gemeinderat nach 2 Jahren einen Zwischenbericht zu seiner gewählten Lösung, der über Nutzen und Erfolg Auskunft gibt. Die FDP stellt daher einen Zusatzantrag, der dem Parlament als Tischpapier schriftlich vorliegt. Man ist überzeugt, dass der Gemeinderat mit dem verlangten, selbstkritischen Bericht über die definierten Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten eine gute Chance erhält, das Parlament davon zu überzeugen, dass Binningen eine gut funktionierende und neuzeitliche Verwaltung erhält. Die FDP kann den Anträgen 1-3 des Gemeinderats folgen und nimmt vom vorliegenden Bericht Kenntnis.

Urs Brunner, SVP dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für die umfangreiche Dokumentation. Der Gemeinderat hat die beiden Abteilungen «Verkehr, Tiefbau und Umwelt» und «Hochbau und Ortsplanung» zu einer Bauabteilung zusammengelegt. Er kommt zum Schluss, dass die getroffenen Massnahmen zu einer professionelleren und effizienteren Abwicklung der Bauvorhaben führen. Das setzt voraus, dass für die Abteilungsleitenden und Mitarbeitenden klare und messbare Leistungsaufträge vorhanden sind. Zudem muss sichergestellt sein, dass vorgesehene Stellvertreter über die relevanten Fachkenntnisse verfügen. Stichwort: Stellvertreterproblem. Im Weiteren ist zu prüfen, ob die GRPK ein Controlling über die Prozesse in der Bauverwaltung durchführen soll. Der Gemeinderat verzichtet auf einen Bauverwalter. Das setzt aber voraus, dass die nötigen Fachpersonen in den einzelnen Abteilungen die Führung haben. Das heisst, sie sollten auf ihren Gebieten mindestens eine HTL-Ausbildung und mehrjährige Praxis vorweisen können. Eine Beziehung zur Gemeinde Binningen wäre von Vorteil. Die SVP-Fraktion stimmt den Abschreibungen in den Anträgen 1-3 zu und nimmt von den organisatorischen Massnahmen Kenntnis.

Brigitte Strondl, SP teilt mit, die beiden Postulate «Wiedereinführung eines Bauverwalters» und «Strukturanalyse der Bauabteilungen» seien im Mai 2012, also vor knapp 6 Jahren, zur Beantwortung an den Gemeinderat überwiesen worden. Die BPK hat sich Mitte des letzten Jahres anlässlich der Überprüfung eines grossen Nachtragskredits für die Provisorien bei den Schulstandorten Mühlematt und Meiriacker in einem Bericht kritisch geäussert und verbindliche Empfehlungen abgegeben. Ende 2017 konnte die GRPK in ihrem Bericht einen raschen Handlungsbedarf bei der Reorganisation der Bauabteilungen und bei der Klarlegung der Zuständigkeiten erkennen. Die Fraktion dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für den ausführlichen und komplexen Bericht, welcher zu den beiden Vorstössen und dem Bericht der GRPK Stellung nimmt und über die Massnahmen berichtet, die bei der Abwicklung von Bauvorhaben getroffen wurden.

Es war für die SP nicht ganz einfach, akzeptieren zu müssen, dass die getroffenen organisatorischen Massnahmen bereits seit dem 1. Februar 2018 in Kraft sind, der Einwohnerrat diese nur noch zur Kenntnis nehmen und den drei Abschreibungsanträgen des Gemeinderats daher logischerweise zustimmen sollte. Die Mehrheit der Fraktion akzeptiert, dass die Einführung eines Bauverwalters auf der Stufe eines Gemeindeverwalters aus verschiedenen Gründen abgelehnt wird. Sie begrüsst die Reorganisation der Bauabteilungen, welche die beiden baulichen Abteilungen VTU (Verkehr, Tiefbau und Umwelt) und HOP (Hochbau und Ortsplanung) zusammenfügt, die operative Zuteilung von Leistungszentren in die Kategorien «Planung» und «Betrieb» mit unterschiedlichen Leitern und die Neueinführung eines Bausekretariats, welches von einer Person mit technischem Wissen geführt werden soll. Ebenso findet es die SP gut, dass die Schlüsselfunktion der neuen Bauabteilung sowie der Bauprojektmanager mit bereits bestehendem qualifiziertem Personal besetzt werden konnten. Die Mehrheit der SP-Fraktion wird den Anträgen des Gemeinderats zustimmen und den Zusatzantrag der FDP unterstützen.

Andrea Alt, CVP spricht dem Gemeinderat ihren Dank für die ebenso detaillierte wie breite und lange Dokumentation aus, die dem Einwohnerrat zum Thema zugestellt wurde. Die Angelegenheit ist komplex, hat sie sich doch über Jahre hingezogen. Der Gemeinderat hält fest, dass die absolute Forderung einer Wiedereinführung eines Bauverwalters formell nicht erfüllt wurde. Trotzdem wird die CVP-Fraktion die beiden Postulate sowie das Geschäft 67, das den Bericht der Geschäftsprüfung durch die

GRPK beinhaltet, gemäss den Ausführungen abschreiben. Von den aufgeführten organisatorischen Massnahmen nimmt die Fraktion Kenntnis. Die CVP erachtet die getroffene Lösung grundsätzlich als zweckmässig. Sie schliesst sich dem Antrag der FDP an und erwartet eine Berichterstattung über die Erfahrungen mit der Implementierung der neuen Organisation. Auf dem Papier sehen die neue Organisation und die revidierten Prozesse gut aus. Jetzt müssen sie sich aber auch in der Praxis bewähren. In der operativen Umsetzung können noch Schwierigkeiten auftauchen.

Rahel Bänziger, Grüne erklärt, die Grünen seien mit der Abschreibung nicht einverstanden. Sie finden die Vorlage unklar. Die Strukturen wurden nicht geklärt. Wie bei den letzten beiden Malen als der Gemeinderat die Abschreibung der Vorstösse beantragte, wird der Einwohnerrat vor vollendete Tatsachen gestellt und nicht prospektiv über die geplanten Schritte informiert. Die Situation ohne Bauverwalter hat die Gemeinde Binningen in den letzten Jahren Millionen gekostet. Das Geld ist verloren, aber künftig sollte das ja nicht mehr passieren. Jetzt fallen die Kosten aber an anderen Orten an und das nicht zu knapp. Es ist klar, dass ein Bauverwalter etwas kosten würde. Aber wie viel höher sind die Kosten des neuen Projektmanagers, dem dazugehörigen entlastenden Bausekretariat und der vom Gemeindepräsidenten geleiteten Baukommission? Diese Kosten sollten ebenfalls detailliert aufgeführt werden. Was wurde diesbezüglich budgetiert? Hinzu kommen Kosten für externe Dienstleister, Architektur- und Ingenieurbüros, die für all die Projekte anfallen. Was passiert mit der Baukommission, wenn alle grossen Projekte gebaut wurden? Wird sie aufgelöst?

Bei der Votantin kommt der Verdacht auf, dass nach Abgabe des Dossiers Finanzen eine neue Aufgabe für den Gemeindepräsidenten gesucht werden musste. Es scheint, der Gemeindepräsident und der Verwalter möchten die Funktion eines Bauverwalters ausführen. Bau ist ihr Hobby. Beide wurden aber für eine andere Aufgabe gewählt resp. eingestellt. Die angeführten Gründe gegen einen Bauverwalter sind für die Rednerin fadenscheinig und zum Teil logisch nicht nachvollziehbar. Es wird deutlich, dass der Gemeinderat und der Verwalter das Modell Bauverwalter nicht möchten. Deswegen führen sie nur Gründe auf, die gegen das Modell sprechen. Dass es aber vor der Bauverwalterfreien-Phase mit einem Bauverwalter in Binningen sehr gut funktioniert hat, wird nicht erwähnt. Der wichtigste Punkt: Die politische Verantwortung sollte nicht beim Besteller sondern beim Ausführer liegen. Das wurde schon mehrmals moniert und dem Gemeinderat als Rückmeldung zu seinen diversen Reorganisationsvorschlägen mitgegeben. Es kann nicht sein, dass der für die Bildung zuständige Gemeinderat für die Ausführung der Schulbauten die politische Verantwortung tragen muss. Das ist systemfremd. Dass der GRPK-Bericht auf einer Seite der Vorlage abgehandelt wird, wird der Sache des Berichts nicht gerecht. Die Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten gehen aus dem Diagramm nicht klar hervor.

Die Fraktion kann den Antrag der FDP sehr gut unterstützen, würde aber gerne noch die Kosten hinzufügen. Welche Kosten entstehen durch die beiden neuen Stellen? Wie hoch sind die Kosten für die vom Gemeindepräsidenten geleitete Baukommission? Die Rednerin vermutet, dass einige Sitzungen anfallen werden. Und wie viel kosten die externen Experten? Das würde einen gewissen Überblick ermöglichen im Hinblick auf das Argument, der Bauverwalter sei zu teuer. Die Grünen werden die beiden Postulate nicht abschreiben. Sie sind nicht sehr zufrieden mit der vom Gemeinderat vorgelegten Vorlage.

Beatrice Büschlen, Grüne findet es schade, dass das Postulat «Strukturanalyse der Bauabteilungen» ohne Themen überwiesen wurde. Trotzdem sind viele der ursprünglich im Postulat enthaltenen Themen nicht nur für den Einwohnerrat relevant sondern auch für die Kunden, Einwohner und Einwohnerinnen, Grundstückbesitzerinnen und –besitzer. Sie haben Einfluss auf Steuern und Gebühren, aber auch auf die künftige Entwicklung Binnings. Viele der Themen wurden leider überhaupt nicht angesprochen. Entweder war es dem Gemeinderat Recht, dass er die Themen nicht behandeln musste oder er hat die berechtigten Anliegen vor lauter Vermeidung eines Bauverwalters ausgeklammert. Die Grünen haben so nicht den Eindruck, dass der Rat ernst genommen wird. Zur Veranschaulichung fügt die Rednerin einige Beispiele an. Räumliche Ressourcen sind aktuell mit der Sanierung der Hauptstrasse wieder ein Thema und werden es bleiben. Wie geht man damit um?

Kundenorientierung: Die im Bericht formulierte Anforderung von mehr Know-how im administrativen Bereich in der Bauabteilung darf nicht dazu führen, dass Kunden mit technischen und gesetzlichen Formulierungen erschlagen werden. Kunden und Kundinnen können nicht nur interne Besteller und Architekten sondern auch Einwohnerinnen und Einwohner sein. Wie wird die Kundenfreundlichkeit garantiert und erhalten? Wer ist dafür zuständig? Wie wird, nachdem der Gemeinderat grünes Licht zu strategischen Planungen und Vorhaben gegeben hat, proaktiv mit solchen Aufgaben umgegangen? Z.B. strategisches Portfolio-Management, allfällige Käufe und Verkäufe und die entsprechenden Qualitätssicherungen, Arealstrategien etc.. Wo und zu welchem Zeitpunkt sind Aufgaben angesiedelt resp. wann bei wem (beim Projektmanager oder bei der gemeinderätlichen Baukommission)? Die Grünen finden dazu keine klaren Aussagen in der Vorlage. Die Votantin fragt sich zudem, für wen die Protokollierung in der Bau- und Planungskommission unbefriedigend ist. Als Mitglied der Kommission hat sie keine Reklamationen. Die Protokolle sind immer klar, umfassend und verständlich. Die Verteidigungshaltung – indem man aufzeigt, wie was besser wird ohne Bauverwalter – zeigt auch, dass nur der Status Quo aufrechterhalten wird. Mit welchen Ressourcen will der Gemeinderat seine Legislaturziele im Bereich Hochbau, Ortsplanung und Ortsentwicklung aktiv umsetzen?

Christoph Maier, FDP möchte auf einen Aspekt der Ausführungen von Rahel Bänziger eingehen. Sie hat erwähnt, es sei unbefriedigend, dass die politische Verantwortung beim Leistungserbringer und nicht beim Besteller liegt. Aus diesem Votum kommt klar zum Ausdruck, dass die politische Verantwortung in dieser Gemeinde auf der anderen Ratsseite offenbar noch nicht verstanden wurde. Der Gemeinderat trägt die politische Verantwortung immer als Kollektivgremium. Es gibt keine Dossier-Verantwortung und keine Departemente in Binningen. Die Gemeinde hat innerhalb des Gemeinderats ein Referentensystem. Der Gemeinderat organisiert sich so, dass die einzelnen Mitglieder innerhalb des Rates die Geschäfte über ein bestimmtes Sachgebiet aufbereiten. Das heisst aber nicht, dass sie damit eine Ressort- oder Departements-Verantwortung haben. Verantwortlich bleibt das Kollektivgremium. Es wäre für den Einwohnerrat politisch attraktiver, wenn man eine Zielfläche hätte, auf den Mann oder auf die Frau zielen und sagen könnte: «Das hat die Person nun wieder schlecht gemacht.». Dieses System hat Binningen jedoch nicht. Damit der Rat sachlich diskutieren kann, bittet er die Anwesenden sich darauf zurückzubesinnen.

Die zweite Frage, die Rahel Bänziger aufgeworfen hat, ist die Frage der Kosten. Das Budget bestimmt wie viel Geld dem Gemeinderat für eine bestimmte Aufgabe zur Verfügung steht. Das Budget wurde vom Einwohnerrat verabschiedet und bestimmt letztlich, was der Gemeinderat umsetzen kann. Es ist nicht so, dass der Gemeinderat dem Einwohnerrat einen Antrag gestellt hätte, um weitere Aufgaben erfüllen zu können. Das heisst, dass der Gemeinderat offenbar mit dem gesprochenen Geld auskommt.

Rahel Bänziger, Grüne äussert, in der Theorie möge es vielleicht so sein, wie es Christoph Maier dargelegt hat. Sie möchte aber sehen, wie es in der Praxis aussieht, wenn es zu einem Gau kommt und z.B. ein Schulhausprojekt Bach ab geht. Wird Christoph Maier der Bevölkerung dann erklären, der Gemeinderat sei kollektiv in der Verantwortung? Tritt der Gemeinderat in diesem Fall kollektiv zurück? Sollte es wirklich keine Rolle spielen, würde die Rednerin vorschlagen, dass der Gemeinderat bei den nächsten Wahlen als Kollektiv und nicht als Einzelpersonen gewählt wird. Es mag in der Theorie stimmen. Ob ein System funktioniert, merkt man aber erst in einer Krisensituation. Sie glaubt nicht daran, dass dieses System funktioniert, auch wenn die Theorie etwas anderes sagt.

Gaida Löhr, SP teilt die Meinung ihrer Vorrednerin. Es entspricht nicht ganz der Realität. Sie ist froh, dass der Gemeinderat hier nicht im Chor antwortet, sondern dass immer der für das Geschäft verantwortliche Gemeinderat resp. die für das Geschäft verantwortliche Gemeinderätin antwortet. Das ist symbolisch zumindest der Fall. Hinsichtlich der Kosten hat die Votantin nachgefragt. Der Projektleiter läuft grundsätzlich nicht unter dem Personal sondern unter den Sachgeschäften, in welchen er eingesetzt wird. Daher erscheint er im Budget unter dem Sachaufwand. Die Kosten des Projektleiters sind damit sehr viel schwieriger zu eruieren. Sie findet die Frage nach einer gewissen Transparenz sehr wohl sinnvoll.

Gemeindepräsident Mike Keller, FDP bedankt sich für die offenen Worte. Er ist immer offen für Kritik, solange sie konstruktiv geäussert wird. Das Allerwichtigste scheint ihm und das wurde auch von einigen Einwohnerratsmitgliedern gesagt: Es gilt, den Beweis anzutreten. Man muss nach vorne schauen. Es sind grosse Vorhaben, die die Gemeinde in Zukunft beschäftigen werden. Es wird genügend Gelegenheiten geben, das dort auszuleben und dem Einwohnerrat aufzuzeigen, dass die gewählte Lösung funktioniert. Aufgrund der Diskussionen, die auch im Vorfeld der Einwohnerratssitzung in Form von Rückfragen an den Gemeinderat getragen wurden, hat man gesehen, dass es sehr nötig ist – und der Gemeindepräsident nimmt sich das als Hausaufgabe mit –, gewisse grundlegende Spielregeln resp. Regelungen, die in der Gemeinde gelten, einmal zu Papier zu bringen. Genau der Punkt (wie es eigentlich funktioniert, wer für was zuständig ist, wer was entscheidet und wo welche Mechanismen ablaufen) hat letztlich damit zu tun, dass sich der Gemeinderat und der Einwohnerrat teilweise mit Fragen auseinandersetzen, die eigentlich bereits geregelt sind. Es liegen aber unterschiedliche Wissensstände und z.T. auch unterschiedliche Interpretationen vor. Das macht das Ganze schwierig. Man hält sich teilweise mit Fragen auf und kommt weit weg von der eigentlichen Sache. Er wäre daher umso glücklicher, wenn sich heute Abend eine Mehrheit finden würde, damit die Anwesenden die Thematik hinter sich lassen und nach vorne schauen können und der Gemeinderat den entsprechenden Beweis antreten kann.

ABSTIMMUNG

Der Präsident kommt zur Abstimmung. Dem Rat liegt ein schriftlicher Zusatzantrag der FDP vor: «Dem Einwohnerrat Binningen sind nach 2 Jahren in einem Zwischenbericht die Erfahrungen der veränderten Verwaltungsorganisation mit den neuen Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten mitzuteilen.».

Rahel Bänziger, Grüne schlägt vor, in den Antrag der FDP die zusätzlichen Kosten der beiden neuen Stellen, der Sitzungen der Baukommission und der externen Experten aufzunehmen. Zurzeit kann man dazu noch keine Aussage machen, aber in zwei Jahren sollte das möglich sein.

Gemeindepräsident Mike Keller, FDP hebt hervor, im Bericht sei ausgewiesen worden, dass der Einwohnerrat die Stellenprozente mit dem Budget genehmigt hat und der Gemeinderat mit den die Löhne betreffenden Kosten auskommen wird. Es ist Gegenstand von Budget und Rechnung, dies jedes Jahr vorzulegen. Eine zusätzliche Aufstellung wäre nichts anderes, als etwas, dass man speziell aus dem Budget herausziehen würde. Der Gemeindepräsident betont, Binningen arbeite auch innerhalb der Bauabteilung mit den Stellenprozenten. Er appelliert, den Themen die Ressourcen zuzuführen, bei welchen auch für die Sache etwas getan wird und nicht irgendwelche Zahlentabellen bringen zu müssen, die wieder grosse Diskussionen auslösen.

Gaida Löhr, SP unterstützt Rahel Bänziger. Es ist ihr wichtig, nochmals deutlich zu sagen, dass der Projektleiter im Sachaufwand aufgeführt wird. Die Zahlen müssten also wirklich aus dem Budget herausgezogen werden. Eine Aufstellung der Personalkosten gibt keine Auskunft darüber.

Simone Abt, SP ist der Meinung, falls geleisteter Arbeitsaufwand unter dem Sachaufwand figuriert, müsste der Gemeindepräsident dies nochmals kurz erläutern. Dann stimmt die Aussage nicht mehr, dass man mit dem Personalaufwand auskommt, da ein Teil der Arbeit, die geleistet werden muss, einfach in den Sachaufwand verschoben wird. Das ist ein «Buebetrickli».

Christoph Maier, FDP führt aus, der Rat habe in den Ausführungen von Mike Keller gehört, dass der Gemeinderat den Eindruck hat, mit den im Budget bewilligten Stellenprozenten und dem bewilligten Geld auszukommen. Der Gemeinderat hat keinen weiteren Antrag gestellt. Er versteht die Unterstellungen und Falschauskünfte hier im Rat nicht. Wenn dem anders sein sollte und der Gemeinderat tatsächlich etwas Derartiges zur Umgehung der bewilligten Personalkosten unternimmt, dann erwartet er eine Stellungnahme. Er bittet um eine Klarstellung seitens des Gemeinderats.

Rahel Bänziger, Grüne geht es nicht um Unterstellungen oder Falschinformationen. Sie möchte Transparenz. Ein Hauptgrund, weshalb man keinen Bauverwalter einstellen möchte, sind die Kosten. Das wurde immer wieder angeführt. Wenn man plötzlich sieht, dass die Kosten des ganzen Konstrukts viel höher sind, dann fällt dieses Argument weg. Daher möchte sie eine Aufstellung: Was sind die Kosten des Projektmanagers, des Sekretärs, der Baukommission und der externen Experten in den nächsten 2 Jahren?

Gaida Löhr, SP hat nicht unterstellt, man würde dies machen, um irgendetwas zu vertuschen. Sie sagte einfach, dass es schlichtweg so ist. Das wurde bereits beim ersten Projektmanager erklärt. Die Personalkosten des Projektmanagers werden beim Projekt unter dem Sachaufwand abgerechnet.

Gemeindepräsident Mike Keller, FDP erläutert, soweit er wisse, erhalten alle auf der Gemeinde angestellten Mitarbeiter Lohn. Der Lohn wird im Personalwesen entsprechend gebucht. Direkte, projektbezogene Leistungen werden intern dem Projekt belastet. Das ist eine normale Rechnung. Alle Mitarbeitenden, die Lohn beziehen, sind in der Lohnbuchhaltung enthalten. Niemand läuft über den Sachaufwand. Die Gemeinde kann aber die Aufwendungen, die ein Mitarbeiter hat und die direkt projektbezogen sind, dem Projekt belasten. Das ist ein rein interner Punkt der Kostenzuordnung. Der Projektmanager ist zu 100 Prozent im Personalwesen enthalten.

Einwohnerratspräsident Pascal Treuthardt, FDP lässt über den Zusatzantrag der FDP abstimmen.

Antrag FDP: einstimmig JA

Damit kommt der Präsident zum Antrag von Rahel Bänziger, Grüne, welcher zusätzlich zum Antrag der FDP gestellt wird: «Kostenaufführung: zwei neue Stellen (Projektmanager und Sekretär), Baukommission und externe Experten».

Thomas Häfele, FDP fragt nach, ob die Antragstellerin präzisieren möchte, zu welchem Zeitpunkt resp. in welcher Regelmässigkeit die Kostenaufführung erstellt werden soll (z.B. jährlich oder alle 2 Jahre).

Rahel Bänziger, Grüne antwortet, die Kostenaufführung solle nach 2 Jahren zusammen mit dem Zwischenbericht erfolgen.

Gemeindepräsident Mike Keller, FDP ist es ein Anliegen, klarzustellen, dass die externen Experten nur projektbezogen eingesetzt werden. Wenn die Gemeinde einen externen Experten für ein Bauvorhaben benötigt, dann läuft dieser über das jeweilige Projekt (z.B. Schulhaus, Dorfplatz etc.) und nicht über den allgemeinen Personalaufwand. Das heisst, eine Aufstellung, wie im Antrag gefordert, ist eine Durchmischung zwischen Personalkosten, die intern anfallen, und externe Kosten, die über das Projekt laufen. Diese Rechnung gibt keine Aussage, da es effektiv zwei verschiedene «Kässeli» sind.

Marc Schinzel, FDP schliesst sich dem Gemeindepräsidenten an. Auch bei einem Bauverwalter entstehen externe Kosten. Wenn man eine derartige Aufstellung machen möchte, müsste man auch hypothetisch berechnen, wie es mit einem Bauverwalter aussehen würde. Vermutlich wären die externen Kosten gar nicht viel anders, denn für die konkreten Projekte benötigt man externes Know-how unabhängig davon, ob man einen Bauverwalter hat oder nicht.

Rahel Bänziger, Grüne hätte gerne Transparenz über die einzelnen Posten, auch wenn die externen Experten auch bei einem Bauverwalter anfallen würden. In der Rechnung sieht man jedes Jahr, dass die Zahl der externen Experten sehr stark zunimmt. Ihr geht es lediglich um Transparenz. Es sollte nicht so schwer sein, aufzuführen, was die externen Experten kosten. Schliesslich findet man diese Posten auch in der Rechnung.

Christoph Maier, FDP hat den Eindruck, immer wenn Rahel Bänziger das Wort «Transparenz» vermehrt in den Mund nehme, sei sie nicht an Transparenz interessiert, sondern einfach gegen die Sache. Das kann man verstehen und man kann auch dagegen sein. Aber wie es seine Vorrednerin im letzten Satz gesagt hat, ist es selbstverständlich so, dass der Einwohnerrat dies in der Rechnung überprüfen kann. Rahel Bänziger ist selbst Mitglied der GRPK. In der Kommission kann die Kostenzusammensetzung ganz genau und spezifisch angeschaut werden. Nun beim Gemeinderat zusätzlich Arbeit zu generieren, ist aus seiner Sicht nicht effizient.

Rahel Bänziger, Grüne möchte sich gegen die Unterstellungen wehren. Sie streicht den letzten Punkt mit den externen Experten aus ihrem Antrag. Es geht somit nur noch um die Kosten des Projektmanagers, des Bausekretariats und der Sitzungen der Baukommission.

Der Präsident lässt über den Antrag von Rahel Bänziger abstimmen.

Antrag Rahel Bänziger: 10 JA, 22 NEIN, 3 Enthaltungen

Antrag 1-3 des Gemeinderats: 29 JA, 6 NEIN

Antrag 4 des Gemeinderats: Kenntnisnahme

BESCHLUSS

- ://: 1. Dem Einwohnerrat Binningen sind nach 2 Jahren in einem Zwischenbericht die Erfahrungen der veränderten Verwaltungsorganisation mit den neuen Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten mitzuteilen.
 - ://: 2. Das Postulat «Wiedereinführung eines Bauverwalters» (Nr. 216/X) wird gemäss den Ausführungen in Teil 1 des Berichts als erledigt abgeschrieben.
 - ://: 3. Das Postulat «Strukturanalyse Bauabteilungen» (Nr. 213/X) wird gemäss den Ausführungen in Teil 1 des Berichts als erledigt abgeschrieben.
 - ://: 4. Das Geschäft «Bericht Geschäftsprüfung GRPK 2017» (Nr. 67) wird gemäss den Ausführungen in Teil 2 des Berichts als erledigt abgeschrieben.
 - ://: 5. Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis von den durch den Gemeinderat per 01.02.2018 beschlossenen organisatorischen Massnahmen gemäss Teil 3 und Teil 4 des Berichts.
-

Traktandum 4

Nr. 72

Schulraumplanung; Erweiterungsbau Schulhaus Meiriacker

- ://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.
-

GESCHÄFTSBERATUNG

Beatrix Rheiner, FDP begrüsst namens ihrer Fraktion die Durchführung eines Projektwettbewerbs mit einer Kostengenauigkeit von +/- 10 Prozent für den notwendigen Bau eines neuen Turnhallegebäudes und den Ausbau von zusätzlichen Schulräumen. Die FDP wird dem Planungskredit in Höhe von 360 000 Franken zustimmen, möchte den Antrag aber ergänzen. Im Projektwettbewerb soll für die eingeebete

Projektidee ein «Preisetikett» hinzugefügt werden mit der Kostengenauigkeit einer Kostenschätzung, sprich +/- 25 Prozent. Zusätzlich stellt die FDP u.a. aufgrund von Erfahrungen aus der zweiten Etappe anderer Schulhausprovisorien und Bauvorhaben folgenden Zusatzantrag: «Die Auftragsformulierung mit dem Raumprogramm als Grundlage für den Projektwettbewerb soll der einwohnerrätlichen Bau- und Planungskommission (BPK) zur Beurteilung vorgelegt werden.». Damit möchte die Partei das Projekt in keiner Weise verzögern. Es wird ganz zu Beginn in die BPK gegeben. So kommt das Projekt schnell voran und auch gleich zu den richtigen Personen.

Andrea Alt, CVP dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für die sorgfältig ausgearbeitete Vorlage. Die CVP wird dem Kredit ohne Vorbehalt zustimmen. Die Notwendigkeit von mehr Schulraum am Standort Meiriacker wurde bereits mehrfach bestätigt und der Schulbetrieb ist in den letzten Jahren fortlaufend auf zwei Klassenzüge erweitert worden. Es macht Sinn, dass nun vier Kindergärten die ersten Klassen bedienen. Die Machbarkeitsstudie von letztem Frühling zeigt ebenfalls, dass einem Projekt nichts im Weg steht. Die Fraktion erachtet es als sinnvoll, dass der bestehende Schutzraum zugunsten einer, bei zwei Klassenzügen notwendigen, zweiten Turnhalle im neuen Schulcampus integriert wird. Ebenso begrüsst die Partei die diversen Vorgaben für den Projektwettbewerb, insbesondere die Einbettung in das Quartier und die Tatsache, dass die Gemeinde grossen Wert auf Nachhaltigkeit legt. Es ist der CVP ein grosses Anliegen, dass der leidigen Situation mit den Wartelisten für den Mittagstisch Rechnung getragen wird und im zukünftigen Schulcampus Meiriacker genügend Platz dafür vorhanden ist. Die Fraktion spricht sich zum jetzigen Zeitpunkt gegen eine Überweisung in die BPK aus. Sie kann sich aber gut vorstellen, dass das Projekt zu gegebener Zeit in der Spezialkommission (Spezko) Schulraumplanung diskutiert wird. Gerne möchten sie sich dann in Punkto Aussen- resp. Pausenplatzgestaltung äussern. Diese kann – verglichen mit der heutigen Situation – sicherlich aufgewertet werden.

Barbara Fankhauser, SVP beginnt mit der guten Nachricht: Die SVP wird dem Antrag zustimmen. Allerdings möchte und muss die Fraktion auch kritische Anmerkungen anbringen. Bei den Kosten für den Projektwettbewerb wird dem Rat eine nicht kleine Summe präsentiert ohne Hinweise, wie sich diese zusammensetzt. Irgendjemand hat sicherlich einmal eine Berechnung gemacht. Sie fragt sich, wieso diese im Bericht nicht aufgeführt wird. Ist es eine Holschuld der Einwohnerratsmitglieder, grundlegende Fakten, die wichtig sind für den Entscheid, selbst einzufordern? Im Bericht ist sie auf viele Fachbegriffe gestossen (GU, GP, TU etc.). Jeder Schüler und jeder Student lernt, dass Fachbegriffe und Abkürzungen zumindest in einer Fussnote kurz erklärt werden müssen. Auch hier fragt sich die SVP, ob es sich um eine Bringschuld des zuständigen Gemeinderats oder um eine Holschuld des Einwohnerrats handelt. In der Vorlage gibt es keine Hinweise auf mögliche Fachexperten. Wer wird beigezogen? Wie wird der Wettbewerb entschieden? Gibt es eine Jury? Und wenn ja, wie wird diese zusammengesetzt?

Die Votantin möchte noch eine Anmerkung zur Aussage machen, dass auf ein TU verzichtet werde. Es ist gut möglich, dass sie sich damit bereits im operativen Geschäft befindet. Trotzdem glaubt die SVP, dass die Wahl eines TU resp. eines GU/GP vom Gewinnerprojekt abhängig ist. Sollte die Wahl auf einen Neubau fallen, ist über den Einsatz eines TU nachzudenken. So hätte man eine Kostengarantie für alle im TU-Vertrag enthaltenen Anforderungen. Es ist klar, Voraussetzung für den Einsatz eines TU ist eine professionelle, akribische und vorausschauende Planung. Zudem müssen Kontrollen gemacht werden, die weit über das Zwei-Augen-Prinzip hinausgehen. Beim Einsatz eines TU sind nachträgliche Forderungen – und seien es nur vergessene Steckdosen oder eine falsch verlegte Wasserleitung – sehr teuer, was das ganze Projekt verteuern würde.

Beatrice Büschlen, Grüne teilt mit, da bald mehr Geld für Planung ausgegeben werde, habe ihre Fraktion zuerst eine Kürzung des Planungskredits in Erwägung gezogen. Sie verzichtet aber darauf und wird den Kredit genehmigen. Die Grünen begrüssen, dass sich der Gemeinderat die Option GU- oder GP-Lösung offen lässt. So bleibt man flexibel. Die Vorgaben für den Projektwettbewerb decken viele Punkte ab und scheinen der Fraktion umfassend. Die Aussenraumgestaltung beinhaltet für sie aber nicht nur Beton und Rasen. Mit der topografischen Lage und dem «Wäldeli» könnten unterschiedliche Typen von Frei-

räumen für die Schüler und Schülerinnen gewährt werden. Das sollte mitgeplant werden. Hinsichtlich des Schutzraumes kann die Partei dem Gemeinderat folgen. Sie möchte aber gerne über die vorgesehene Verhaltensplanung im Katastrophenfall informiert werden. Wo werden die Schüler und Schülerinnen untergebracht? Werden sie nach Hause geschickt oder gehen sie gemeinsam in die Schutzräume im Dorf? Die Grünen unterstützen die Anträge der FDP, ein Preisschild zu verlangen und die Sache im Sinne einer Beschleunigung direkt in einer Kommission weiterzuverfolgen und vorzubesprechen. Allerdings bevorzugt die Fraktion dafür die Spezko Schulraumplanung. Der Schulraumbedarf ergibt sich zuerst aus den kantonalen Bildungsvorgaben, dem Schulprogramm und den erwarteten SchülerInnenzahlen und nicht ausschliesslich aus baulichen Vorgaben. Ausserdem hat man den Vorteil, dass die meisten Mitglieder der der BPK auch Mitglieder der immer noch existierenden Spezko Schulraumplanung sind.

Patrizia Aebi, SP führt aus, die SP stimme dem Antrag des Gemeinderats für einen Planungskredit in Höhe von 360 000 Franken für den Meiriacker-Campus zu. Es ist unbestritten, dass ein Projekt nötig ist. Es fehlt an Schulraum und die Turnhalle ist nach wie vor ein Provisorium. Für die Fraktion ist es aber absolut erstrebenswert, dass bei der Realisierung des Meiracker-Campus folgenden Punkten Rechnung getragen wird: Der Aussenraum soll begrünt sein, keine Betonwüste, wie es ursprünglich einmal war. Die Statik soll genügend überwacht werden. Man hat beim Bau der Provisorien diesbezüglich schon böse Überraschungen erlebt. Zwei Turnhallen sind an diesem Standort absolut nötig. Die SP schliesst sich dem Antrag der FDP bezüglich einer Überweisung in eine Kommission an. Sie möchten das Geschäft aber nicht in die BPK sondern in die Spezko Schulraumplanung geben.

Daniel Zimmermann, FDP möchte kurz erläutern, weshalb die FDP den Antrag auf Überweisung in die BPK gestellt hat. Die Überweisung in eine Kommission hat keine zeitverzögernde Wirkung, da das Resultat des Wettbewerbs im Frühling 2019 erwartet wird. Das ist in einem knappen Jahr. Aus seiner Sicht sollte es möglich sein, dass eine Kommission einmal ein solches Raumprogramm beurteilen kann. Welche Kommission ist die richtige? In der Vorlage ist zu lesen, dass die Machbarkeitsstudie die Grundlage für das Raumprogramm ist. In der Machbarkeitsstudie geht es nicht um pädagogische Vorgaben, zu welchen der Kanton Empfehlungen macht (Grösse der Räume etc.). Es geht um das Bauen, die Statik, die Umgebung, die Turnhalle und ähnliche Fragestellungen. Dort besteht die Problematik. Dort wird Geld vergeben und vielleicht in eine andere oder falsche Richtung geplant. Die Fraktion ist der Ansicht, es könne nur über eine Baufachkompetenz-Kommission laufen. Es hat nichts mit schulpädagogischen Fragen zu tun, diese sind gegeben. In den letzten Vorlagen wurde immer wieder über bauliche Aspekte gesprochen, die kostentreibend sind. Letztlich hat Beatrice Büschlen bestätigt, dass in beiden Kommissionen bald die gleichen Personen sitzen. Aus der Überlegung, dass die kostentreibenden Elemente im Bau versteckt sind und Binningen letztlich ein schönes und zahlbares (daher auch das Preisschild) Wettbewerbsprojekt möchte, macht aus seiner Sicht eine Überweisung in die BPK Sinn.

Gemeinderat Philippe Meerwein, SP entschuldigt sich dafür, dass der Gemeinderat im Bericht nicht in der nötigen Tiefe und Detaillierung zu den Kosten und Fachbegriffen Stellung genommen hat. Das nächste Mal wird dies gebührend nachgeholt, sodass auch alle Abkürzungen beschrieben sind. Die Kosten von 360 000 Franken teilen sich folgendermassen auf: 136 000 Franken für die Begleitung des Projektwettbewerbs, 140 000 Franken Preisgeldsumme für die beteiligten Büros, 34 000 Franken für das Honorar der Jury, die den Wettbewerb begleitet, 22 000 Franken für Fachexperten und 28 000 Franken für Nebenkosten. Damit kommt man auf einen Gesamtbetrag von 360 000 Franken. Der Gemeinderat hat im Geschäft erwähnt, dass er auf eine TU-Ausschreibung verzichte. Das liegt daran, dass man nicht auf der grünen Wiese plant. Es geht um eine Ergänzung an einem bestehenden Standort, wobei in die bestehende Bausubstanz eingegriffen werden muss. Bei einem TU muss zu Beginn alles bis ins letzte Detail festgelegt werden. Man kann jetzt nicht alles festlegen und anschliessend in einen Wettbewerb gehen. Daher verzichtet der Gemeinderat zurzeit auf eine TU-Ausschreibung. Nach Vorliegen der Ergebnisse lässt er sich aber alle Optionen offen, um eine Preis- und Termingarantie gewährleisten zu können.

Das Raumprogramm wird im pädagogischen Konzept festgelegt. Dabei gibt es eigentlich immer die gleichen Ansätze über die ganze Gemeinde. Das ist auch beim Schulhaus Dorf usw. so. Beim Raumprogramm gibt es nicht viel Handlungsspielraum. Viel Handlungsspielraum besteht beim Mittagstisch. Dieser ist am Anschlag. Es geht darum, ob man eine Doppelbelegung möchte (zweimal Mittagessen pro Mittag oder doppelt so viele Räume). Das könnte eine politische Frage sein. Der Gemeinderat hat eine Vorgabe gemacht, welche aber in einer Kommission diskutiert werden könnte. Er geht davon aus, dass man dies im bestehenden Raumkonzept abwickeln kann. Der Redner wäre froh, wenn die Kommissionsberatung keine verzögernde Wirkung hätte, ist aber gerne bereit, in einer Kommission Stellung dazu zu nehmen. Aus seiner Sicht handelt es sich eher um eine pädagogische und nicht um eine bauliche Frage.

ABSTIMMUNG

Einwohnerratspräsident Pascal Treuthardt, FDP erklärt, es liegen drei Zusatzanträge vor. Die FDP möchte eine Kostenschätzung für die eingegebene Projektidee. Zudem beantragt die Fraktion eine Überweisung in die BPK und die SP schlägt eine Überweisung in die Spezko Schulraumplanung vor. Da sich die Anträge gegenseitig nicht ausschliessen, schlägt er vor, nacheinander über alle abzustimmen. Der Präsident erklärt, ein Geschäft könne auch in zwei Kommissionen oder in gar keine Kommission überwiesen werden. Aus seiner Sicht wäre ein Ausmehren eine Beschränkung des Wählerwillens.

Gaida Löhr, SP fragt nach, ob es beim Antrag auf Überweisung um eine Beschleunigung des Ganzen geht, indem man das Geschäft nach Vorliegen des Projektwettbewerbs in eine Kommission überweist oder ob man noch eine zusätzliche Schlaufe machen möchte. Bei einer zusätzlichen Schlaufe ist sie nicht zwingend der Meinung, dass es eine Überweisung braucht. Weder in die BPK noch in eine Spezko. Philippe Meerwein hat relativ deutlich gesagt, das Einzige, das noch zu definieren ist, ist die Grösse des Mittagstisches. Das Raumkonzept ist an und für sich vorgegeben. Wenn die FDP von einem Raumprogramm redet, dann geht es wirklich darum, ein Raumprogramm zu machen. Das hat nicht sehr viel mit Baupräzisionen zu tun. Für alles andere ist es aus ihrer Sicht auch nicht der richtige Moment. Sie würde einer Überweisung in eine Kommission zum jetzigen Zeitpunkt nicht zustimmen. Die Frage ist: Geht es um eine Kommissionsarbeit zum jetzigen Zeitpunkt und damit um eine Verzögerung? Oder geht es darum, wenn der Wettbewerb vorliegt, sehr schnell in eine Kommission zu gehen?

Daniel Zimmermann, FDP hat den Eindruck, seine Vorrednerin sei die Einzige, die es nicht verstanden habe. Wenn man einen Wettbewerb starten möchte, müssen das Raumprogramm und die Auftragsformulierung klar definiert sein. Diese Unterlagen sollen der Kommission vorab vorgelegt werden, damit zum Schluss nicht ein Projekt auf den Tisch kommt, welches den Vorstellungen des Einwohnerrats nicht entspricht. Das ist nicht zeitverzögernd, sondern hat mit Qualität und klaren Auftragsformulierungen zu tun. Der Votant fasst zusammen, das Programm des Gemeinderats soll vorgängig einer Kommission übergeben werden. Anschliessend kann der Gemeinderat damit arbeiten.

Rahel Bänziger, Grüne möchte wissen, ob es um eine Direktüberweisung gehe. Soll das vom Gemeinderat ausgearbeitete Programm direkt in eine Kommission überwiesen werden bevor es der Einwohnerrat sieht? Damit hat man beim Geschäft Werkhof schlechte Erfahrungen gemacht. Sie möchte eine solche schlechte Erfahrung nicht nochmal machen. Alle Geschäfte sollten vor einer Überweisung in den Einwohnerrat gebracht werden.

Andrea Alt, CVP muss Gaida Löhr Recht geben. Die Frage wurde vorgängig im Büro diskutiert und es war bereits damals unklar, zu welchem Zeitpunkt die FDP eine Überweisung in eine Kommission wünscht. Man wollte den Zeitpunkt hier nochmals präzisiert haben, da die Frage im Büro nicht geklärt werden konnte. Nun steht es auf dem Tischpapier. Die mündliche Antwort war aber eine andere.

Daniel Zimmermann, FDP entgegnet, wenn der Antrag mit dem Tischpapier nun klar sei, habe sich die Frage aus seiner Sicht erledigt. Einer Abstimmung steht nichts im Wege.

Gaida Löhr, SP kommt auf den Vorschlag des Präsidenten zurück, nacheinander über die Überweisung in die BPK resp. in die Spezko abzustimmen. Sie möchte nicht dringend eine Überweisung in eine Kommission. Sollte es aber zu einer Überweisung kommen, dann in eine Spezko. In diesem Sinn ist sie der Meinung, man müsste zuerst über die Kommission (BPK oder Spezko) abstimmen und danach den Grundsatzentscheid treffen, ob man überhaupt eine Überweisung möchte. Der Einwohnerrat möchte sich ja kaum den Scherz leisten, das Geschäft in zwei Kommissionen zu überweisen.

Da es keine Gegenstimmen zu diesem Vorschlag gibt, wählt der Präsident das von Gaida Löhr vorgeschlagene Vorgehen. Vor dem Ausmehren wird über den Ergänzungsvorschlag der FDP zum Antrag des Gemeinderats abgestimmt: «[...] und im Projektwettbewerb soll für die eingegebene Projektidee ein «Preisschild» in der Kostengenauigkeit einer Kostenschätzung (+/- 25 %) abgegeben werden.»

Ergänzungsantrag FDP: 31 JA, 3 NEIN, 1 Enthaltung

Ausmehren der Kommissionen:

Überweisung in BPK: 19 JA

Überweisung in Spezialkommission Schulraumplanung: 15 JA

Keine Enthaltungen.

Antrag auf Überweisung: 19 JA, 14 NEIN

Antrag des Gemeinderats (inkl. Ergänzung der FDP): 26 JA, 7 NEIN, 2 Enthaltungen

BESCHLUSS

- ://: 1. Der Einwohnerrat genehmigt einen Planungskredit für die Durchführung eines Projektwettbewerbs mit einer Kostengenauigkeit von +/- 10 % für einen Turnhallenneubau inklusive Erweiterungsbau auf dem Schulgelände Meiriacker in der Höhe von CHF 360 000 (exkl. MwSt.) und im Projektwettbewerb soll für die eingegebene Projektidee ein «Preisschild» in der Kostengenauigkeit einer Kostenschätzung (+/- 25 %) abgegeben werden.
- ://: 2. Die Auftragsformulierung mit dem Raumprogramm als Grundlage für den Projektwettbewerb soll der einwohnerrätlichen Bau- und Planungskommission (BPK) zur Beurteilung vorgelegt werden.
-

Traktandum 5

Nr. 65

Postulat «Ergänzende Separatsammlung von Kunststoffabfällen»

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Thomas Häfele, FDP erläutert, mit dem vorliegenden Postulat wurde der Gemeinderat gebeten, zu prüfen, in wie weit die Separatsammlung von vier spezifischen Kunststoffen an einem Standort durch die Gemeinde möglich wäre. In der Antwort verweist der Gemeinderat auf das Geschäft 41, den Kurzbericht KuRve des letzten Jahres sowie eine neue, zwischenzeitlich publizierte Empfehlung des Bundesamts für Umwelt. Die FDP dankt dafür, dass der Kurzbericht KuRve nicht erneut in gedruckter Form an den Einwohnerrat versendet wurde. Ansonsten ist die Fraktion von der Antwort allerdings nicht befriedigt. Das FDP-Postulat unterscheidet sich von Geschäft 41. Es wird eine explizite Separatsammlung von vier spezi-

fischen Kunst- und Verbundstoffen gefordert im Gegensatz zu Geschäft 41, welches auf einen gemischten Sammelsack nach dem Modell von Allschwil fokussiert war. Wie im Postulat erwähnt und in Studien bestätigt sind gemischte Sammelsäcke aufgrund der Querverschmutzung und der aufwändigen Trennung und Reinigung nicht sinnvoll. Die FDP ist allerdings der Ansicht, dass Kunststoffe im Allgemeinen Wertstoffe sind und es bessere Verwertungslösungen als die Verbrennung gibt. Im Kurzbericht KuRve wie auch in den beigelegten Empfehlungen von BAFU, OKI und Swiss Recycling wird ein ökologischer und ökonomischer Nutzen von selektiven Separatsammlungen von Kunststoffen attestiert. Dabei wird das Kosten-Nutzen-Verhältnis auf ein Drittel bis die Hälfte vom PET-Recycling geschätzt. Nach Erachten der FDP wäre das halbe Kosten-Nutzen-Verhältnis des etablierten und optimierten PET-Recyclings ein beachtliches Resultat.

Im Postulat geht es um vier spezifische Kunststoffe: 1.) PET-Flaschen, für welche es seit bald 30 Jahren ein etabliertes Sammelsystem gibt. 2.) Kunststoffflaschen aus dem Haushalt, die hauptsächlich aus hochdichtem Polyethylen oder Polypropylen bestehen. Seit 2013 gibt es dafür Sammlungen bei der Migros und Coop. 3.) Getränkekartons auch bekannt als Tetra Paks. Für den Verbundstoff aus Papier, Alu und Polyethylen gibt es seit 2016 eine Sammlung bei Aldi. 4.) Für Styropor, extrudiertes Polystyrol, gibt es seit 1998 in Recyclingcentren oder in Verkaufsgeschäften Sammlungen. Die Rezyklierbarkeit von allen vier erwähnten Materialien ist unbestritten. Wenn der Votant die Wertstoffe heute der Verbrennung entziehen und der Wiederverwertung zuführen möchte, dann bedeutet dies folgendes: Zuerst ein Besuch bei der Migros oder Coop für die Entsorgung der Kunststoffflaschen, dann ein Besuch bei Aldi für die Getränkekartons, ein Besuch beim Recyclingcenter Bachgraben für den Styropor, anschliessend lädt er noch irgendwo die PET-Flaschen ab und je nach dem braucht es noch einen weiteren Stopp bei einer Sammelstelle für Glas und Alu. Es wäre ökologischer und kosteneffizienter, wenn alle Wertstoffe mit nur einer Fahrt an einen zentralen Ort gesammelt werden könnten. Auf dem Werkhof gibt es bereits eine Sammelstelle für Bauschutt, Altöl und Tierkadaver. Gäbe es da nicht auch noch Platz für eine Separatsammlung von Kunststoff? Der Gemeinderat bezieht sich in seiner Antwort auf die angeblich hohen Kosten, ohne jedoch konkrete Zahlen zu nennen. Die FDP wird das Postulat überweisen, ist allerdings nicht bereit, den Vorstoss abzuschreiben. Die Fraktion verlangt eine ausführlichere Prüfung des Anliegens und stellt den Antrag, über die Überweisung und die Abschreibung separat abzustimmen.

Roman Oberli, SVP teilt mit, die SVP halte den nachhaltigen Umgang mit Ressourcen für wichtig. Deshalb hat sie letzten November das Postulat der Grünen überwiesen, welches die Prüfung einer Kunststoffrecyclingmöglichkeit in Binningen verlangte. Dabei ging es nicht nur um die Prüfung einer Mischsammlung. Es war ein offen formulierter Vorstoss. Der Votant zitiert den Auftrag aus dem Postulat 41: «Ich bitte den Gemeinderat, zu prüfen und zu berichten wie in Binningen eine Kunststoffrecyclingmöglichkeit eingeführt werden kann.». Es steht nichts von der alleinigen Prüfung einer Mischsammlung. Wie man im Anhang lesen konnte, ist eine Kunststoffsammlung aus heutiger Sicht weder aus ökologischen noch aus ökonomischen Gesichtspunkten sinnvoll. Die SVP begrüsst die Haltung des Gemeinderats, der die Entwicklungen in diesem Bereich beobachten möchte, um bei Bedarf aktiv zu werden. Die Fraktion möchte dem Gemeinderat seinen Handlungsspielraum lassen und ihn nicht durch konkrete Massnahmen einschränken. Vor allem da man nicht weiss, welche Kunststoffe in Zukunft effizient recycelt werden können. Aus diesen Gründen wird die SVP das Postulat nicht überweisen.

Patricia Bräutigam, CVP erklärt, für ihre Fraktion sei klar, dass sie dem Antrag des Gemeinderats folge und für die Abschreibung stimme. Es macht für die CVP keinen Sinn, zuerst eine Plastiksammlung, wie sie von den Grünen vorgeschlagen wurde, abzulehnen und nun diese Form der Sammelstelle umzusetzen. Wie die beigelegten Berichte aufzeigen, ist der ökologische Nutzen im Verhältnis zu den Kosten auch hier, wie beim Vorstoss 41, zu niedrig. Hinzu kommt, dass die PET- und Kunststoffflaschen bereits bei den Grossverteilern entsorgt werden können. Für die CVP spielt ein weiterer Gedanke eine grosse Rolle. Das Polystyrol, das in der Sammelstelle entsorgt werden soll, ist nicht einfach in einer Tasche transportierbar. Man muss mit dem Auto zur Entsorgungsstelle fahren. Das erhöht den ökologischen Nutzen nicht. Die Votantin fragt sich, wie oft man derart viel Polystyrol hat, als dass man es separat ent-

sorgen müsste und ob das eine separate Sammelstelle notwendig macht. Der Abfall fällt hauptsächlich dann an, wenn man neue Elektrogeräte kauft. Sie geht davon aus, dass die wenigsten Personen dies regelmässig tun. Wie bereits im Postulat erwähnt, kann man das Polystyrol auch in den Verkaufsstellen zurückbringen. Die Fraktion stimmt daher für die Überweisung und gleichzeitige Abschreibung.

Bettina Benthous, SP kann sich ihren Vorrednerinnen und Vorrednern nur anschliessen. Grundsätzlich ist das Postulat der FDP, Abfall zu vermeiden und Plastikabfall zu rezyklieren, auch ein Anliegen der SP. Es wäre eine gute Sache. Sie geht davon aus, man wird sich mit dem Thema der Plastik-Wegwerf-Gesellschaft in Zukunft noch beschäftigen müssen. Das offene Postulat der Grünen wurde das letzte Mal im Rat abgeschmettert. Diesen Vorstoss hätte die SP noch unterstützt. Nun folgt das enger formulierte Postulat der FDP mit einer Sammelstelle für verschiedene Plastiksarten auf dem Werkhof. Die Analysen und Berichte zeigen deutlich, dass die Zeit noch nicht reif ist für eine solche Plastik- / Kunststoffsammlung. Kosten-Nutzen und auch die Aufwand-Ertrag-Bilanz halten noch nicht stand. Bei den diversen Grossverteilern können PET- und Plastikflaschen bereits heute zurückgebracht werden. Die Rednerin nutzt dieses Angebot rege. Sie fährt nicht extra mit dem Auto auf den Werkhof, um die Plastikflaschen dort zu entsorgen. Sie sind in ihrer Einkaufstasche, wodurch sie PET und Plastik beim Einkaufen immer dabei hat und zurückgeben kann. Grosse Styropor-Stücke können in den Verkaufsstellen, aus welchem man sie hat, zurückgegeben werden. Gegen eine Styropormulde beim Werkhof hätte sie nichts einzuwenden. Für den Moment ist die SP mit den Antworten des Gemeinderats aber mehrheitlich zufrieden und spricht sich für die Überweisung und Abschreibung des Postulats aus. Wie der Gemeinderat erwähnt, wird das Thema wieder aufgegriffen, wenn bessere Lösungen gefunden wurden.

Karin Glaser, Grüne macht klar, eigentlich schätzen die Grünen das Postulat zur Sammlung von Kunststoffabfällen. Schliesslich hat ihre Fraktion letztes Jahr ein Postulat für eine Kunststoffsammlung eingereicht. Die Votantin versteht nicht, wieso die FDP das damals ablehnte und jetzt selbst mit einem Vorstoss zum gleichen Thema kommt. Hätte die FDP dem Vorstoss zugestimmt, könnte man sich die heutige Diskussion sparen. Der Unterschied der beiden Postulate besteht darin, dass die Grünen dem Gemeinderat offen liessen, wie er eine Kunststoffsammlung umsetzen möchte. Die FDP wünscht sich eine getrennte Sammlung auf dem Werkhof. Die Rednerin kann sich nicht vorstellen, dass die Leute fähig sind, die Plastiksarten – abgesehen von den PET-Flaschen – zu unterscheiden. Den Nachteil der Sammelstelle sehen die Grünen im zusätzlichen Verkehr. Das Auto muss geladen werden, um die Kunststoffabfälle zum Werkhof zu bringen. Mit einer Abfuhr würde ein Lastwagen z.B. einmal alle zwei Monate durch das Quartier fahren. Offensichtlich hat der Gemeinderat seine Meinung noch nicht geändert, obwohl sich die Votantin nicht vorstellen kann, dass eine Entsorgungsfirma Kunststoff sammeln und trennen würde, wenn es ein Verlustgeschäft wäre. Dass die Menge an Kunststoffabfall – sie redet hier nicht von PET-Flaschen – immer mit einer PET-Sammlung verglichen wird, verfälscht die Studie ein wenig. PET-Sammlungen sind seit Jahren etabliert und die Restkunststoffsammlungen kommen erst langsam auf. Die Grünen finden es immer noch eine gute Sache. Der Gemeinderat soll aber selbst bestimmen, welches der beste Weg ist. Die Fraktion möchte ihm nichts vorschreiben.

Thomas Häfele, FDP hat eine kurze Replik auf die Voten von Roman Oberli und Patricia Bräutigam. Sie haben beide erwähnt, dass die Berichte klar zum Schluss kommen, eine Kunststoffsammlung sei nicht ökonomisch. Der Votant teilt diese Meinung nicht. Im Kurzbericht KuRve werden keine Rohdaten präsentiert und die Daten werden teilweise auf sehr fragwürdige Art und Weise interpretiert. Trotzdem hat es ziemlich klare Statements im Bericht: «Weiter ist ersichtlich, dass eine zusätzliche selektive Separatsammlung von Getränkekartons und Kunststoffflaschen rund einen Fünftel des Umweltnutzens von PET Recycling Schweiz generiert bei etwa halb so hohen Kosten.». Auf Abbildung 11, die auf dem Postulat wiedergegeben wurde, sieht man sehr schön, dass selektive Separatsammlungen von Getränkekartons und Kunststoffflaschen nicht ganz so effizient sind wie eine PET-Recycling-Sammlung, aber doch annähernd. Leider sind die genauen Berechnungen im Kurzbericht nicht ersichtlich. Es ist unklar, ob es nach heutigen Standards berechnet wurde oder ob allfällige Optimierungsmöglichkeiten bereits miteingeflos-

sen sind. Der Redner ist nicht der Ansicht, dass die Studie zum Schluss kommt, eine Kunststoffsammlung sei nicht ökonomisch und nicht ökologisch.

Marc Schinzel, FDP möchte eine kurze Bemerkung zur Ehrrettung der mündigen Bürgerinnen und Bürger anbringen. Zur Unterscheidbarkeit der Kunststoffe hat sich die Bevölkerung – vielleicht auch dank der Erziehung der Grünen – ein gewisses Know-how angeeignet. Falls man es nicht weiss, so steht es auch auf den PET-Flaschen. Den Unterschied zu Polystyrol und zu den Tetra Paks traut er sich noch zu.

Bettina Benthous, SP entgegnet, sie stehe immer wieder vor den Sammelstellen, bei welchen man Plastik-Milchbehälter einwerfen darf. Die Leute werfen reihenweise Tetra Paks in die Behälter, weil sie zu Hause den Abfall sparen möchten. Sie beobachtet das wöchentlich.

Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP hat bereits bei der Einreichung des Postulats gesagt, soweit sie sich von der Mengenlehre erinnern mag, ist der Trichter oben breiter und unten schmaler. Das oben wurde abgelehnt. Nun ist man unten und möchte dort öffnen. Ihr Trichter hat dort ein Problem. Das aber nur als Erinnerung. Es geht ganz konkret um die Sammlung von vier Wertstoffen. Man redet hier – neben allen anderen Aspekten – darüber, dass die Gemeinde eine Sammlung einführen soll, für Wertstoffe die man alle schon sammeln und an einen Ort zurückbringen kann. Sie fährt also mit dem Auto auf den Werkhof, deponiert PET, Kunststoff und vielleicht auch noch Styropor von dem einen Fernseher und anschliessend geht sie mit dem Auto zum Einkaufen in den Coop, wo es die Sammelstelle alle auch schon gibt. Oder sie fährt beim Waser in Therwil vorbei, um das Styropor zu entsorgen. Ist es wirklich Aufgabe der Gemeinde eine Sammelstelle zu errichten, wenn die Hälfte der Wertstoffe bereits an jeder Ecke entsorgt werden können und die andere Hälfte der Wertstoffe vielleicht einmal im Jahr beim Kauf eines grösseren Elektrogeräts anfallen? Nach dem Kauf des Elektrogeräts bringt man das Styropor zur Sammelstelle und merkt, dass es in Karton verpackt ist. Es taucht die Frage auf: Was mache ich mit dem Karton? Dann bräuchte es auch noch eine Kartonsammelstelle auf dem Werkhof.

Die Votantin hat etwas Mühe damit, Redundanzen zu schaffen für etwas, dass es längst gibt. Es geht vielmehr darum, dass man es in den Einkaufsalltag integrieren kann. Abgesehen davon, könnte man gar keine Styropor-Sammelstelle einrichten. Styropor fällt, wenn es anfällt, in grösseren Volumen an (Verpackung von Fernseher, Computer etc.). Das heisst es braucht einen grossen Container. Die Mulde muss gedeckt sein, da Styropor leicht ist und vom Wind weggeblasen wird. Der Deckel muss auch bei jeder Person geöffnet werden können. Ganz abgesehen davon, dass es auf dem heutigen Werkhofareal schlicht keinen Platz hat, um eine solche Mulde (inkl. des ganzen Ratenschwanzes der dazukommt) hinzustellen. Die Rednerin möchte nicht auf die Details der Studie eingehen. Nach Meinung des Gemeinderats, und sie spricht hier als Teil einer Kollegialbehörde, macht es keinen Sinn, eine Separatsammlung einzuführen für etwas, dass man bereits an jeder zweiten Ecke zurückbringen kann.

Manuela Eichenberger, Grüne erläutert, wenn sie Plastik entsorgen möchte, muss sie diesen extra sammeln, da sie den Plastik im Coop in Binningen nicht zurückbringen kann. Das gewünschte Angebot gibt es in Binningen nicht. Sie ist gezwungen, in Bottmingen einzukaufen. Dort kann sie ihre grossen Plastikflaschen entsorgen.

Patricia Bräutigam, CVP äussert, sie wohne vis-à-vis des Coop in Binningen. Sie entsorgt das Plastik immer dort. Die Angestellten erklärten ihr, dass man den Plastik vorne vor die Sammelstelle stellen kann. Sie nehmen ihn später rein. Der Coop hat einfach keinen eigenen Sammelbehälter dafür.

Thomas Häfele, FDP findet die Argumente alle berechtigt. Er möchte aber festhalten, dass man nicht weiss, was es kostet oder ob ein Weiterverkauf der Kunststoffabfälle sogar Gewinn bringen würde. Man weiss zurzeit auch nicht, wie gross der Bedarf ist. Er ist sich sicher, dass es Sammelmöglichkeiten für Polystyrol gibt, die verhindern, dass die Polystyrolteilchen in der ganzen Umgebung des Werkhofs verteilt werden. Ein Punkt der Empfehlungen des Bundesamts für Umwelt (Punkt 7) ist eine verständliche

Kommunikation. Im Abfallkalender wird die Entsorgung verschiedenster Kunst-Wertstoffe zurzeit nur sehr peripher erwähnt. Vielleicht wäre zumindest dies ein Schritt, um die mündigen Bürger aufzuklären, wie und wo die Kunststoffe entsorgt werden sollen.

Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP teilt mit, sie kaufe auch im Coop ein. Sie weiss daher nicht, ob es in der Migros in Binningen allenfalls eine Plastiksammelstelle gibt. Sie wird sich gerne beim Coop in Binningen dafür einsetzen, dass man das nicht nur durch Nachfrage beim Personal erfährt, sondern dass es auch irgendwo angeschrieben wird. Mit der Sammlung allein ist es aber nicht getan. Selbst wenn die Gemeinde eine solche Sammlung aufstellen würde, stellt sich die Frage: Was machen wir mit der Sammlung? Der ganze weitere Zyklus muss ebenfalls bewerkstelligt werden. Es ist in der Tat so, dass die detaillierten Kosten dazu nicht bekannt sind. Aber in Anbetracht der Tatsache, dass man den Plastik fast an jeder Ecke zurückbringen kann und beim Einkaufen an solchen Orten vorbei kommt, erscheint es dem Gemeinderat wenig sinnvoll, ein zusätzliches Angebot zu schaffen. Den Hinweis zum Abfallkalender nimmt sie aber sehr gerne auf.

ABSTIMMUNG

Überweisung: 25 JA, 10 NEIN

Abschreibung: 20 JA, 10 NEIN, 4 Enthaltungen

BESCHLUSS

://: Das Postulat wird überwiesen und gleichzeitig abgeschrieben.

Beantwortung der Anfrage

Anfrage K. Glaser, Grüne: Teilnahme am «Donnschtijsjass»

Nr. 74

Gemeindepräsident Mike Keller, FDP weiss nicht, ob alle Anwesenden den «Donnschtijsjass» kennen. Der «Donnschtijsjass» ist eine der beliebtesten Fernsehsendungen, die in den Sommermonaten auf dem Schweizer Fernsehen läuft. Die Sendung hat offenbar die dritthöchste Einschaltquote. Im Rahmen des Standortmarketings hat man sich vor geraumer Zeit die Frage gestellt, ob eine Bewerbung als Gemeinde möglich wäre. Es ist tatsächlich so, dass es beim Schweizer Fernsehen eine Bewerbungsplattform gibt. Jede Gemeinde hat auf dieser Plattform die Gelegenheit, ihr grundsätzliches Interesse zu bekunden. Das hat Binningen damals gemacht.

1. Hat sich die Gemeinde selbst zur Teilnahme angemeldet oder wurde sie angefragt?

Binningen hat sich vor geraumer Zeit auf dieser Plattform beworben und wurde kurz vor Weihnachten kontaktiert. Das Schweizer Fernsehen teilte mit, Binningen sei zusammen mit Frenkendorf aus 10 weiteren Baselbieter Gemeinden ausgewählt worden. Die Region Nordwestschweiz resp. der Kanton Basel-Stadt kam letzte Mal vor 4 Jahren zum Zug. 2018 möchte man die Region wieder berücksichtigen und etwas im Baselbiet machen. Kurz zusammengefasst: Binningen hat sich auf der Plattform beworben und damit selbst angemeldet.

Bei ersterem: Ist der Zeitpunkt nicht denkbar schlecht gewählt, da ca. 4 Wochen später das Dorffest durchgeführt wird? Schliesslich ist hier in Binningen nicht jedes Jahr ein grösserer Event und wenn schon etwas eingeteilt werden könnte, wäre eine Teilnahme nächstes Jahr sinnvoller gewesen.

Dies kann der Gemeindepräsident mit «Ja» beantworten. Das Handicap ist aber, dass das Schweizer Fernsehen alles bestimmt und keine Rücksicht auf die Wünsche der Gemeinden nimmt. Wenn sie die Region auserkoren haben, die sie im aktuellen Jahr berücksichtigen möchten, wählen sie zwei passende Gemeinden von der Plattform aus. Anschliessend wird man informiert, wann der Event stattfindet und kann seine Teilnahme entweder absagen oder dem Termin zustimmen. Binningen hatte eine grosse Freude, dass es geklappt hat.

Die Planung des Dorffests läuft schon seit längerem. Das Dorffest findet Anfang September statt. Sofern die Ausscheidung gewonnen wird, würde der «Donnschtigsjass» Anfang August in Binningen stattfinden. Der Gemeinderat hat als erstes geschaut, ob es einen Konflikt gibt. Dem ist nicht so. Das Unschöne – wenn man dies so bezeichnen möchte – ist, dass wenn in Binningen einmal die Post abgeht, das innerhalb von einem Monat mit zwei Riesenanlässen sein könnte. Er hofft, dass man die Leute trotzdem für beide Anlässe, sollte es denn so weit kommen, gewinnen kann.

Bei einer Anfrage: Warum wurde der ER (noch) nicht informiert?

Die Mitteilung, dass Binningen berücksichtigt wird, ging kurz vor Weihnachten ein. Im Augenblick laufen die Vorbereitungsarbeiten. Der Redner erklärt das Vorgehen kurz: Als ausgewählte Gemeinde muss man gegen eine zweite Gemeinde im Jassen antreten. Die Veranstaltung findet am 2. August im Bündnerland statt. Wenn Binningen siegt, wird der Anlass eine Woche später, also am 9. August, in Binningen ausgetragen. Nach Bekanntgabe haben die Verwaltungen von Frenkendorf und Binningen sofort den Kontakt gesucht. Sie versuchen, alle vom Austragungsort unabhängigen Punkte gemeinsam zu organisieren. So soll verhindert werden, dass die Gemeinde, welche die Veranstaltung am Schluss nicht austrägt, einen riesigen Aufwand hat und dann in die Röhre schaut. Gleichzeitig muss die ausgewählte Gemeinde sofort bereit sein.

Der Einwohnerrat wurde bisher mit keinem Geschäft oder ähnlichem kontaktiert, da noch nichts vorliegt. Binningen nimmt zum ersten Mal am «Donnschtigsjass» teil. Es liegen keine Erfahrungswerte vor. Als ersten Schritt braucht es nun ein Ausscheidungsturnier der Jasserinnen und Jasser von Binningen. Die Gemeinde darf nicht irgendjemanden bestimmen und es ist auch kein politischer Würdenträger einfach so gesetzt. Der beste Jasser oder die beste Jasserin von Binningen muss erkoren werden. Das heisst sowohl in Frenkendorf wie auch in Binningen wird ein Turnier veranstaltet. Die Organisation dafür läuft und in diesem Zusammenhang wurde eine erste Annonce geschaltet.

2. Was passiert, wenn Frenkendorf gewinnt? Eine grössere Delegation der Gemeinde wird dort erwartet.

Der Gemeindepräsident schickt vorweg, er glaube nicht, dass Frenkendorf gewinnen werde. Sollte dies aber eintreffen, erwartet Frenkendorf keine Delegation und auch im umgekehrten Fall erwartet Binningen keine offizielle Delegation aus Frenkendorf. Es handelt sich um einen öffentlichen Unterhaltungsanlass. Jeder Besucher hat Zugang zu diesem Spektakel. Es gibt keinen Ticketverkauf und kaum reservierte Plätze. Die reservierten Plätze, die es gibt, verteilt das Schweizer Fernsehen offenbar direkt.

3. Wenn Binningen gewinnt: Wie sehen die personellen Ressourcen aus? Ist da Mithilfe der Gemeinde (Werkhof, Verwaltung etc.) nötig?

Das Schweizer Fernsehen verfügt über eine langjährige Erfahrung und kann den Gemeinden fertige Aufgabenlisten zur Verfügung stellen. Binningen möchte die Veranstaltung auf dem Schlossplatz durchführen. Dort müssen Festgarnituren mit Tischen aufgestellt werden. Von der Organisation in Punkto Verkehr, Beschilderung etc. braucht es auch gewisse Leistungen. Diese werden vom Werkhof erbracht, wenn es so weit kommen sollte. Die Verwaltung ist auch entsprechend involviert. Aber auch hier wird versucht, alle Massnahmen zusammen mit Frenkendorf zu organisieren. Zur Veranschaulichung teilt der Gemeindepräsident mit, die Festgarnituren seien beispielsweise nicht von Binningen und Frenkendorf separat bestellt worden. Man hat eine gemeinsame Anfrage gemacht und die Ausrüstung wird an den entsprechenden Austragungsort geliefert.

4. *Warum muss der Einwohnerrat über den Binninger Anzeiger erfahren, dass Binningen am «Donnschtigsjass» teilnimmt?*

Der Gemeindepräsident stellt fest, dass diese Frage nur von einer Person stammen kann, die nicht am Neujahrsapéro anwesend war. Er hat damals die freudige Meldung brandfrisch verkündet. Die Gemeinde schaut im Augenblick – auch in Rücksprache mit dem Schweizer Fernsehen –, wie man informieren möchte. Man hätte eigentlich allen Einwohnern und Einwohnerinnen ein klares Bild geben wollen. Der erste Schritt ist nun das Ausscheidungsturnier. Alles weitere kommt. Wenn der Gemeinderat damit jemandem auf die Füsse getreten ist, möchte er sich ganz herzlich entschuldigen.

Traktandum 6

Diversa

Susanne Tribolet, SP hat eine kurze Frage zur elektronischen Abstimmungsanlage. Wann, wie und wo ist das Abstimmungsverhalten der Abstimmungen des heutigen Abends einsehbar?

Einwohnerratspräsident Pascal Treuthardt, FDP erklärt, das Abstimmungsverhalten sei unmittelbar nach der Abstimmung auf der Leinwand im Saal ersichtlich. Das Büro hat bisher noch keinen offiziellen Beschluss über die Veröffentlichung der Ergebnisse gefasst. Er stellt in Aussicht, dass sich das Büro nochmals damit befassen und die Ergebnisse dem Protokoll beilegen werde, sollte dies ein Bedürfnis sein.

Da es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, bedankt sich der Präsident bei allen Anwesenden und schliesst die Sitzung um 21.30 Uhr.

Die nächste ordentliche Sitzung findet am 16. April 2018, 19.30 Uhr, statt.